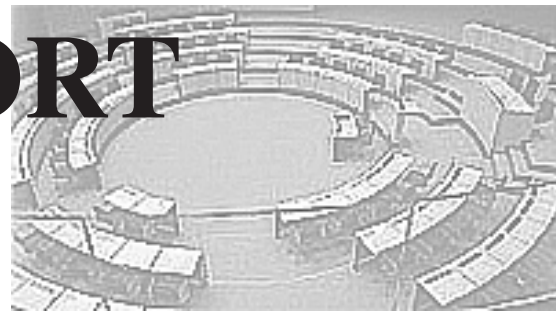


# PARLAMENTSREPORT

## **DIE LINKE.** Fraktion im Thüringer Landtag



### „Eine Schule für alle, eine Schule, die nicht nach der 4. Klasse trennt“

Auch beim Thema Bildung wird deutlich: Unter der Koalitionsdecke rumort es gewaltig

Das den Thüringer Schülern beim neuesten Ländervergleich nur mittelmäßige Ergebnisse bescheinigt wurden, hält Michaela Sojka, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, nicht unbedingt für eine Überraschung. Auch das offenbar besonders schlechte Abschneiden von Thüringens Gymnasiasten sei „ein weiterer klarer Beleg dafür, dass aber nun endlich und konsequent das längere gemeinsame Lernen für alle Thüringer Schüler geregelt werden muss“.

In der Studie des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) schnitten die Neuntklässler aus Thüringen besonders in Englisch schlechter als der Bundesdurchschnitt ab. Beim Leseverstehen belegten die Schüler den 10. Platz, beim Hörverstehen den 12. Platz. Im Fach Deutsch rangierten sie in den Disziplinen Lesekompetenz, Zuhören und Orthografie zwischen dem 4. und 11. Platz.

„Wieder wird Thüringen bescheinigt, dass absolut keine Notwendigkeit besteht, das gegliederte Schulsystem weiter zu erhalten“, sagte die Abgeordnete vor dem Hintergrund des Schulstreits in der Koalition und der weiteren Verunsicherung von Eltern und Schülern. Man frage sich, „was dieses völlig unnötige Hick-Hack soll“. „Es ist jetzt vielmehr höchste Zeit, ein modernes Schulsystem für Thüringen konsequent in Angriff

zu nehmen - eine Schule für alle, eine Schule, die nicht nach der 4. Klasse trennt“, betonte Michaela Sojka und verwies auf das Konzept der LINKEN mit einem längeren gemeinsamen Lernen mindestens bis Klasse 8.

Und mit Hinweis auf die durch die Studie erneut belegte extrem hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft mahnt die Bildungspolitikerin, „endlich von den hier ganz schlecht abschneidenden Vorbildern Baden Württemberg und Bayern Abstand zu nehmen und alles dafür zu tun, das soziale Bildungsgefälle zu überwinden - und zwar mit der Entwicklungsmöglichkeit hin zu einer Gemeinschaftsschule für alle“.

Mit Blick auf den Schulstreit in der Thüringer Koalition zur Einführung der Gemeinschaftsschule hatte Fraktionschef Bodo Ramelow gesagt, es werde immer deutlicher, dass der CDU-SPD-Koalitionsvertrag auf einem „oberflächlichen Formelkompromiss“ beruhe. „Weder ist längeres gemeinsames Lernen geeignet als Mogelpackung“, noch dürfe die „Vereinnahmung von Kindern für parteipolitische und ideologische Schlachten zugelassen werden“, betonte der Oppositionsführer.

Der Streit, ob überall Modellschulen entstehen oder es nur einzelne Gemeinschaftsschulen geben werde, sei „alles andere als Ziel führend“. „Hier kann nicht zusammenwachsen, was nicht zusammengehört“, erneuerte Bodo

Ramelow seine Kritik an der CDU-SPD-Koalition. „Unter der Koalitionsdecke rumort es gewaltig“, bestünden tiefgreifende Differenzen in wichtigen Fragen. Es wachse die Gefahr, dass „Landespolitik sich selber lähmt“. Spätestens dann aber müsste die Zwangs-Koalition die Konsequenzen ziehen, bevor noch größerer Schaden angerichtet werde.

Michaela Sojka hatte ebenfalls herausgestellt, dass der Weg nur halbherzig ist, den Regierungskoalition und Bildungsminister bei der Einführung des längeren gemeinsamen Lernens in Thüringen gehen. Und wenn jetzt von Annäherung im Schulstreit zwischen SPD und CDU die Rede sei, „dann wird das Ziel des gemeinsamen Lernens, und zwar für alle Schüler in Thüringen, noch weiter in die Ferne rücken“. Die CDU mit ihrer konservativen, auf frühe Trennung setzenden Schulpolitik blockiere eine flächendeckende Umsetzung der Gemeinschaftsschule. Und der SPD bleibe gar nichts anderes übrig als von ihren eigenen Vorhaben und Versprechen in der Schulpolitik immer weiter abzurücken, „sich Minimalschritte schön zu reden, um den Koalitionsfrieden zu retten“.

Die Abgeordnete der LINKEN verwies darauf, dass damit der Bürgerwille auf der Strecke bleibt, denn 70 Prozent der Thüringer wollen laut einer repräsentativen Umfrage vor der Landtagswahl 2009 das längere gemeinsame Lernen für alle Schüler. ■

KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

#### Bündnisse gegen Finanzkrise

*Sozialdemokratische Kommunalpolitiker und die Gewerkschaft „ver.di“ wollen Aktionsbündnisse gegen die kommunale Finanzkrise gründen. Gefordert werden ein staatlicher Entschuldungsfonds und ein „Rettungsschirm“ für die Kommunen. Zins- und Tilgungshilfen und der Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer.*

*Bei der LINKEN läuft seit Januar eine Kampagne „Kommunen in Not“, die ihren Ausgangspunkt in Thüringen hatte. Durch zahlreiche Aktionen wurden nicht nur die Finanzmisere der Kommunen angemahnt, sondern auch zahlreiche Lösungsvorschläge unterbreitet. Der LINKEN geht es um eine grundsätzliche Reform der Finanzverfassung, in deren Ergebnis die kommunalen Steuereinnahmen von gegenwärtig 12 Prozent auf rund 20 Prozent spürbar steigen müssen.*

*Die Initiative der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker ist zu begrüßen. Andererseits muss darauf hingewiesen werden, dass die SPD seit 1998 erheblich zur kommunalen Finanzkrise beigetragen hatte. Durch die von den Bundesregierungen mit SPD-Beteiligung vollzogenen Steuerrechtsänderungen verlieren die Kommunen zwischenzeitlich jährlich rund 20 Milliarden Euro. Dass jetzt die schwarz-gelbe Bundesregierung diese Steuerpolitik fortsetzt, relativiert diese steuerrechtlichen Fehlleistungen nicht.*

*Es ist auch eine Folge der SPD-Politik der letzten Jahre, dass bei den Kommunen die Sozialleistungen steigen und in diesem Jahr erstmals die 40-Milliardengrenze überschreiten – siehe die gescheiterten so genannten Hartz-Reformen. Statt versprochener finanzieller Entlastungen haben sich die Sozialkosten für die Kommunen nahezu verdoppelt, ohne dass die Kommunen einen angemessenen Ausgleich erhalten haben. Die jetzt durch sozialdemokratische Kommunalpolitiker auf den Weg gebrachte Kampagne kann nur glaubwürdig sein, wenn eine klare Distanzierung von der Politik der SPD der jüngsten Vergangenheit erfolgt. Bleibt diese Konsequenz aus, erscheint die Kampagne schnell als populistischer Aktionismus und dies wäre mehr als bedauerlich.*

[www.gerecht-geht-anders.de](http://www.gerecht-geht-anders.de) ■

#### AKTUELL

### Endlich zu Google-Street-View aktiv werden

In „kritischen Briefen“ hat jetzt Ralf Hauboldt, justizpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, den Vorsitzenden des Datenschutzbeirates und den Thüringer Landesdatenschutzbeauftragten aufgefordert, „möglichst zeitnah nach der Sommerpause“ des Parlaments den Datenschutzbeirat des Landes einzuberufen bzw. diesem Rede und Antwort zu stehen, um auch mit Blick auf in anderen Ländern laufende Aktivitäten, konkrete Handlungsmöglichkeiten gegen Google-Street-View in die Wege zu leiten.

Insbesondere müssten Probleme bei Zuständigkeit und Aufsicht geklärt werden. „Thüringen darf in Sachen Google-Street-View nicht länger hinter anderen Bundesländern zurückbleiben. Dies gilt nach der Zuspitzung des Problems durch die ‚W-LAN-Panne‘

bei der Datenerfassung durch Google noch viel mehr“, erklärte der LINKE-Datenschutzexperte.

Der Datenschutzbeauftragte und der Datenschutzbeirat des Landes sollten alle Handlungsmöglichkeiten nutzen, um die Menschen in Thüringen bei ihrer Gegenwehr gegen den „Datenmoloch Google-Street-View“ zu unterstützen. Datenschutzbeauftragte anderer Bundesländer sind hier schon viel weiter und haben z.B. schon Anzeigen bei Staatsanwaltschaften gestellt. In Thüringen wurde das Thema im Frühjahr erst auf Antrag der LINKEN hin zum Thema im Datenschutzbeirat und Herr Stauch – Landesdatenschutzbeauftragter – sah dann keine Möglichkeiten und keine Veranlassung zum Handeln“, so Ralf Hauboldt, der für die LINKEN im Datenschutzbeirat sitzt.

In seinen Briefen an den Vorsitzenden des Datenschutzbeirates und den Landesdatenschutzbeauftragten fordert der LINKE-Justizexperte auch, dass bei der neuerlichen Beratung des „Google-Street-View-Problems“ im Datenschutzbeirat auch die Ergebnisse der Beratungen der Justizministerkonferenz zu diesem Thema in der Diskussion des Beirats Berücksichtigung finden sollen. Die Justizministerkonferenz, die am 23. und 24. Juni in Hamburg tagte, hatte sich auch mit juristischen Aspekten von Google-Street-View beschäftigt.

„Gegen einen solchen Großkonzern sollten die Bundesländer und ihre Gremien soweit wie möglich eine gemeinsame Handlungsstrategie entwickeln und umsetzen“, betonte der Landtagsabgeordnete abschließend. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Kinder- und Jugendparlamente stärken

Katharina König, jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, fordert mehr Partizipation für Kinder und Jugendliche in Thüringer Kommunen. Die Antwort der Landesregierung auf ihre Anfrage zu Kinder- und Jugendparlamenten in Thüringen zeige deutliche Defizite der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten. „So gibt es in Thüringen nur sechs Kinder- und Jugendparlamente, von denen eines derzeit nicht aktiv ist und ein weiteres nur in einem Ortsteil agiert“, sagt die Landtagsabgeordnete. Dringend sollte die Partizipation gestärkt werden und sie müsse sowohl in Kommunen als auch auf Landesebene besser verankert sein. Um die auf Landesebene derzeit diskutierte Absenkung des Wahlalters inhaltlich zu unterstützen und demokratische Prozesse für Kinder und Jugendliche erfahrbar und erlebbar zu gestalten, „sind Kinder- und Jugendparlamente, welche mit Mitsprache- und Mitbestimmungsrechten in allen sie betreffenden Belangen ausgestattet sind, eine geeignete Möglichkeit. Dies beweist u.a. das Erfolgsmodell der Stadt Saalfeld“, betont die Jugendpolitikerin, die hier ihren Wahlkreis hat. ■

### Konsequente Reform

Dass eine Arbeitsgruppe aus Land und Kommunen Einsparmöglichkeiten bei den Pflichtaufgaben auslotet, kommentiert MdL Frank Kuschel als einen „Irrweg der Landesregierung, die finanzielle Schieflage bei den Kommunen durch Ausgabenkürzungen in den Griff bekommen zu wollen. Die Thüringer Kommunen haben kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem.“ Die diskutierten Kürzungen bei den Pflichtaufgaben nennt der Abgeordnete „zum Teil abenteuerlich“. Wer beim Brandschutz und den Freiwilligen Feuerwehren streiche, nehme letztlich höhere Brandrisiken in Kauf. Grünanlagen nicht mehr zu pflegen, verletze das Erscheinungsbild der Städte und Gemeinden. Durch die Streichung so genannter freiwilliger Sozialausgaben würden vielleicht kurzfristig Gelder gespart, aber schnell käme es zu steigenden Pflichtausgaben. „Es gibt letztlich nur noch einen Bereich, bei dem wirksame Maßnahmen zu spürbaren Auswirkungen führen, und das ist eine konsequente Verwaltungs- und Gebietsreform.“ ■

# Desinteresse im Bildungsministerium an Umsetzung des Kita-Gesetzes

## Thüringer Gemeinden denken über – nicht vom Gesetz abgedeckte - Gebührenerhöhungen nach

Aufgrund der schleppenden Umsetzung des Kita-Gesetzes hat die Linksfraktion eine Sondersitzung des Bildungsausschusses beantragt. „Wir sehen einen dringenden Handlungsbedarf der Landesregierung“, sagte Margit Jung, familienpolitische Sprecherin der LINKEN im Thüringer Landtag.

Das Thüringer Bildungsministerium scheint sich nicht sonderlich für das Kita-Gesetz – verantwortlich Christoph Matschie – zu interessieren. Anders ist nicht zu erklären, warum die notwendigen Rechtsverordnungen noch nicht vorliegen, obwohl die Bedarfspläne jetzt beschlossen werden müssen. Diese sind die Grundlage für die Personalberechnung und damit die Einstellung neuer Erzieherinnen. Das Gesetz tritt zeitgleich mit dem neuen Kita-Jahr am 1. August in Kraft.

Ein sprechender Beweis für die Ignoranz des Ministeriums ist seine Internet-Seite. Dort sind die Informationen und die Beantwortung der dringlichen Fragen völlig veraltet. Sie beziehen sich noch auf das alte Gesetz, sind meist zwei bis vier Jahre alt. Das Kita-Gesetz selbst ist jedoch in seiner aktuellen Version eingestellt, wodurch der Eindruck entsteht, die anderen Informationen seien ebenfalls aktuell – was schlicht zu falschen Auslegungen und Berechnungen führt.

Eigentlich ist im Gesetz das geregelt, was derzeit am wichtigsten ist: nämlich die Frage, wieviele Fachkräfte auf wieviele Kinder kommen. Daraus folgt, wieviele Erzieherinnen pro Kindertageseinrichtung neu eingestellt werden können. Wer jedoch als Vertreter eines Landkreises oder einer Kommune der Meinung ist, lieber noch Geld sparen

zu wollen, anstatt die vorgegebene Personalstärke schon im August zu erreichen, hat mit den fehlenden Rechtsverordnungen eine gute Ausrede.

Noch ist unklar, wie Gruppengröße und -zusammensetzung aussieht und die Finanzierung für 2010 organisiert wird. Differenzen gibt es auch bei der

rinnen fallen – bisher haben sie dies meist in ihrer Freizeit erledigt.

Weitere Rechtsverordnungen fehlen für die Elternmitbestimmung, die Fachberatung, die Auszahlung der Landespauschale und die räumliche Ausstattung von Kitas. Hier ist zwar im Gesetz geregelt, dass es für im Bau oder im Plan befindliche Kitas Bestandsschutz gibt, aber nach wie vor kann darüber gestritten werden, welche Gebäudebestandteile in die Raumberechnung einfließen. Das größte Problem ist derzeit, dass fast überall die Bedarfspläne fehlen und zahlreiche Gemeinden über eine Gebührenerhöhung nachdenken, obwohl diese vom Gesetz nicht abgedeckt ist. Das gilt auch für die Kündigung von Verträgen mit Freien Trägern, die nach Bundesgesetzgebung Vorrang haben.

Die Probleme resultieren aus Unkenntnis oder Missverständnissen, aber auch aus dem Widerstand mancher Kommunen gegen das Gesetz. Hier können nur eindeutige Vorgaben des Ministeriums abhelfen. Bildungsminister Christoph Matschie muss endlich seine Verantwortung wahrnehmen. Dazu gehört auch die Einrichtung einer Ansprechstelle im Ministerium. „Wer einheitliche Bildungschancen für alle Kinder in Thüringen will, muss für eine einheitliche Umsetzung des Gesetzes sorgen. Es reicht nicht, ein Gesetz zu verabschieden und sich dafür feiern zu lassen, man muss sich auch um seine Umsetzung kümmern“, betonte Margit Jung (im Foto beim Abschluss des Kita-Volksbegehrens am 29. April vor dem Landtag).

Gabi Ohler



Auslegung des Stichtages am 31.3.2010, weil da in vielen Kommunen noch keine oder nur sehr wenige einjährige Kinder in den Kitas waren. Diese müssen aber aufgrund des vorgezogenen Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz für das kommende Jahr mit bedacht werden. Hilfreich wäre auch, Handlungsempfehlungen mit dem Umgang der Vor- und Nachbereitungszeit zu erlassen. Sie soll nun in die Arbeitszeit der Erziehe-

## Licht und Schatten in aktuellen Urteilen des Bundessozialgerichts

Am 17. Juni wurde vom BSG (Bundessozialgericht) das Revisionsurteil in der Sache gefällt, in der das Bundesverfassungsgericht am 9. Februar das Urteil zur Verfassungswidrigkeit der Hartz-IV-Sätze, insbesondere der Sätze für Kinder, gefällt hat. Das BSG entschied – entgegen der üblichen Grundsätze –, dass die Regelsätze für Kinder nicht rückwirkend anzupassen bzw. zu erhöhen sind und es hat den Fall an die Vorinstanz zurückgegeben. Das BSG sah sich nicht in der Lage, den Fall abschließend zu entscheiden. Das Urteil tritt in Sachen Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts eher auf die Bremse. Umso wichtiger ist es, dass der Gesetzgeber seinen Änderungspflichten nachkommt, die ihm das Hartz-IV-Urteil auferlegt. Zwar läuft die Umsetzungsfrist bis Ende 2010. Aber je schneller gehandelt wird, desto eher werden die „Schwankungsbreiten“ in der Rechtsprechung beseitigt, die meist zu Lasten der Betroffenen gehen.

In mehreren Urteilen zum Rentenüberleitungsrecht konnten sich die Rentenberechtigten durchsetzen. Das BSG hat am 17. Juni entschieden, dass es für Zahlungsansprüche aus „Intelligenzrenten“ bzw. „Versorgungssystemen“ für Ingenieure bzw. technische Berufe ausreicht, wenn Betroffene alle (rechtlichen) Voraussetzungen für die Aufnahme in die Versorgungssysteme erfüllen bzw. erfüllt haben. Es kommt nicht darauf an, ob sie durch Verwaltungsakt auch formal in das Versorgungssystem aufgenommen wurden. In diesem Fall sind die Betroffenen denjenigen gleichzustellen, die durch formalen Verwaltungsakt in das Versorgungssystem aufgenommen wurden. Das ergibt sich aus dem Gleichbehandlungsgebot des Art. 3 Grundgesetz.

Warum sollten Betroffene den Schaden haben, wenn sie gar nicht die Möglichkeit hatten, zu beeinflussen, wann nach Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen die staatliche Seite den

formalen Verwaltungsakt als „Bestätigung“ der Zugehörigkeit bzw. Leistungsberechtigung erteilt? Es ist daher zu empfehlen, einen so genannten Überprüfungsantrag nach § 44 Sozialgesetzbuch 10 (SGB X) zu stellen. Denn nach § 48 Abs.2 SGB X sind Rentenbescheide dann zu ändern, wenn ein oberstes Bundesgericht – hier das BSG – in einem vergleichbaren Fall eine Entscheidung zugunsten des Rentenbeziehers getroffen hat.

Seit Jahren setzt sich die LINKE für die Schließung von Lücken im Rentenrecht und die Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung ein. Der Gesetzgeber hat bisher nur sehr träge reagiert. Im Bundestag sind erst kürzlich 17 Anträge auf Schließung von Rentenlücken von der Bundestagsmehrheit abgelehnt worden. Solange hier der Gesetzgeber seine Arbeit nicht macht, müssen sich die Betroffenen durch alle Instanzen klagen.

www.bsg.bund.de

Sandra Steck

# Stoppsignal gegen die Aufkündigung des Sozialstaats – für faire Löhne

**Verweigerung der Ausschussberatung: Rebellion der SPD gegen eigenen Wirtschaftsminister?**

In der letzten Landtagssitzung vor der parlamentarischen Sommerpause behandelte der Thüringer Landtag den Antrag der Linksfraktion „Stoppsignal gegen die Aufkündigung des Sozialstaats – für eine Umsteuerung hin zu guter Arbeit und zu fairen Löhnen“.

Damit sollte die Landesregierung aufgefordert werden, umgehend im Bundesrat aktiv zu werden, um die Sparpläne der Bundesregierung auf Kosten der sozial Schwachen konsequent abzulehnen, sich für eine gerechte Lastenverteilung einzusetzen und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Außerdem ging es der LINKEN darum, die Wirtschaftsförderung für Arbeitsplätze sowie eine Vermittlung in Arbeit nur dann zuzulassen, wenn diese den Standards guter Arbeit entspricht. „Zumutbar ist eine Arbeit nur dann, wenn die Qualifikation geschützt und die vorherige Lohnhöhe berücksichtigt wird. Die Aufnahme untertariflich entlohnter Arbeit ist generell nicht zumutbar“, heißt es in dem Antrag.

Außerdem sollte die Landesregierung Initiativen zu ergreifen, damit unbefristete Vollzeitarbeit sozialversicherungspflichtig ist, existenzsichernd entlohnt und ausgebaut wird. Für Leiharbeit soll das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Einsatztag ohne Ausnahme gelten und die Verweildauer auf maximal ein halbes Jahr begrenzt sein. Die Befristung von Arbeitsverträgen soll abgebaut werden und es sei zu gewährleisten, dass Befristung grundsätzlich nur aus triftigen Gründen möglich ist. Zudem sollte keine Subventionierung von nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erfolgen, aber sehr wohl sollten solche Unternehmen unterstützt werden, die reguläre zusätzliche Arbeitsverhältnisse schaffen. Nicht zuletzt sollte die öffentliche Hand Aufträge nur an Firmen vergeben, die

soziale und ökologische Kriterien erfüllen, zu denen vor allem die Zahlung von Tarif- bzw. Mindestlohn, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Förderung und der gleichberechtigte Zugang von Menschen mit Behinderung und von Menschen mit Migrationshintergrund gehören.

Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) stimmt nach der Rede von Ina Leukefeld den Forderungen der Linksfraktion vorbehaltlos zu. Dass aber anschließend die SPD zusammen mit der CDU und der FDP gegen eine Überweisung des LINKEN Antrags zur Weiterberatung in die Fachausschüs-

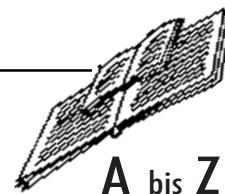
se votierte, „das ist offenbar der Preis, den die SPD für diese Koalition zahlen muss“, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN, die gegen dieses Vorgehen wütend protestiert und sich auch schon fragte, ob das vielleicht eine Rebellion der SPD-Fraktion gegen ihren eigenen Wirtschaftsminister war. Die Suhler Abgeordnete wird jedenfalls auf den Diens-tags-Demos in ihrer Heimatstadt per Transparent den Skandal öffentlich machen, der von den Medien unbeachtet den Landtag passiert hatte.

A. Rudolph



*Zum 3. Thüringer Sozialgipfel der Sozialverbände, der im Plenarsaal des Thüringer Landtags stattfand, erklärte der sozialpolitische Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion, Jörg Kubitzki, seine ausdrückliche Unterstützung für die hier erhobene Forderung, dass es Aufgabe des Sozialstaates ist, allen Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft und Chancengleichheit zu gewährleisten. Angesichts des schwarz-gelben Spar- und Kürzungspakets sei es umso wichtiger, dass „die Sozialverbände kräftig ihre Stimme erheben.“*

*Im Foto beim Sozialgipfel die Abgeordneten der LINKEN (vorn v.r.) Karola Stange, Ina Leukefeld und Margit Jung.*



A bis Z:

## Vorratsdatenspeicherung

„Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung wegen des unverhältnismäßigen Eingriffs in Grundrechte gestoppt hat, sind neue Begehrlichkeiten der Polizei vollkommen unverständlich und zurückzuweisen“, so MdL Martina Renner in Reaktion auf den Präsidenten des Thüringer Landeskriminalamtes, Werner Jakstat, der die Vorratsdatenspeicherung als erfolgreiches Ermittlungsinstrument bezeichnet hat.

„Nicht alles, was aus polizeilicher Sicht wünschenswert ist, ist verfassungsrechtlich akzeptabel. Die Polizei muss sich in jedem Fall mit zulässigen Befugnissen begnügen, und die sind keinesfalls wirkungslos.“ Die vorhandenen Regelungen zur Telekommunikationsüberwachung seien bereits weitreichend. Zudem gebe es auch gegen die bereits bestehenden polizeilichen Regelungen erhebliche Bedenken, ob der Schutz des unantastbaren Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung ausreichend sei. „Ein weitergehender rein präventiv begründeter Eingriff in das Fernmeldegeheimnis ist in jedem Falle entschieden zurückzuweisen.“

Im Jahr 2009 wurden 61 Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung in Thüringen angeordnet und richterlich - auch nachträglich - genehmigt, von denen 51 Positionsbestimmungen waren.

## Wichtige Termine

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags nach der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 18. bis 20. August statt.

### Ausstellung:

Noch bis zum 8. Juli sind im Funktionsgebäude des Thüringer Landtags „Lebensräume“ zu sehen – Malereien von Antony Lowe.

### Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Suizidprävention

Als „Armutszeugnis“ kritisierte MdL Ralf Hauboldt die Auskunft des Justizministeriums, dass der Bericht zu einem Konzept zur Suizidprävention in Thüringer Justizvollzugsanstalten (JVAen) nicht wie angekündigt vor der Sommerpause vorgelegt werden kann. Die Linksfraktion bringt das Thema in die erste Justizausschuss-Sitzung nach der Sommerpause.

Dass es hinsichtlich Unterbringungssituation, therapeutischer und ärztlicher Betreuung, Arbeitsorganisation an Wochenenden und Feiertagen sowie fachlicher Schulung des Vollzugspersonals dringender Verbesserungen bedarf, ist bekannt. Weshalb es noch keine konkreten Schlussfolgerungen gibt, ist nicht nachvollziehbar.

## DDR-Bild

Wie die Nachrichtenagentur dpa mit Verweis auf eine vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg im Auftrag der Bundestagsfraktion der Linkspartei erarbeiteten Studie berichtet, verbindet weniger als die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung ihr persönliches Bild vom Leben in der DDR in erster Linie mit der SED-Diktatur. Nur 42 Prozent der Ostdeutschen beurteilten die Unterdrückung der Einheitspartei als „in hohem Maße“ prägend. Dagegen verknüpfen knapp sieben von zehn Befragten (69 Prozent) ihren Blick auf die DDR vor allem mit der Berufstätigkeit der Frau. Übergreifend malten die 40- bis 59-Jährigen deutlich häufiger ein positives DDR-Bild als die Jüngeren.

## Branchentarif

„DIE LINKE unterstützt die Bemühungen der Gewerkschaften hinsichtlich eines Branchentarifvertrages für Bahnunternehmen“, so MdL Dr. Gudrun Lukin, die auf die Initiative „Konzertierte Aktion Thüringen 2010“ zur Sicherung fairer Löhne verwies und es als unverantwortlich bezeichnete, dass die Landesregierung durch Nichthandeln die Bahnunternehmen zwingt, sich bei den Löhnen zu unterbieten. Auf Nachfrage im Landtag habe Verkehrsminister Carius nur die knappe Antwort gegeben, dass der „Arbeitslohn Bestandteil des Wettbewerbs“ ist. „Eine solche Haltung macht steuerfinanziertem Lohndumping Tür und Tor auf“, protestierte die Abgeordnete der Linksfraktion.

# Beobachtung durch Landesamt – erste Schritte zu außergerichtlicher Einigung

Klage Bodo Ramelows gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz - Termin am 21. Juli am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig

In die juristische Auseinandersetzung von Bodo Ramelow mit dem Thüringer Innenministerium ist Bewegung gekommen. Ramelow hat 2003 wegen der Beobachtung durch das Landesamt für Verfassungsschutz, das dem Ministerium untersteht, Klage beim Verwaltungsgericht erhoben. Nachdem mehrere Thüringer CDU-Innenminister die angebliche Rechtmäßigkeit der Bespitzelung betont hatten, ist Peter Huber, der aktuelle Amtsinhaber, jetzt offenbar zu einer außergerichtlichen Einigung mit dem Oppositionsführer bereit. Am Rande einer Landtagssitzung habe Huber ihm die Personenakte gezeigt, so Ramelow gegenüber dem MDR. Huber teilte dem MDR sein Bestreben mit, den „unnötigen Rechtsstreit“ zu beenden.

Im Jahr 2002 war bekannt geworden, dass über den damaligen PDS-Fraktionsvorsitzenden beim Geheimdienst der Landesregierung eine Personenakte existiert. Sie sei 1996 angelegt und mit Ramelows Einzug in den Landtag geschlossen worden, hieß es damals von Seiten des Landesamtes. Dort hat man jedoch mit gezinkten Karten gespielt, wie Ramelow weiß, seitdem das Verwaltungsgericht Weimar 2006 mit einem Beweisbeschluss die Akte angefordert hatte.

Der Landtag konstituierte sich schon am 1.10.1999, doch noch am

14.10. wurde von Geheimdienstmitarbeitern der „Thüringer Landtagskurier“ der Personenakte beigelegt und mit der handschriftlichen Notiz „Adresse von Ramelow“ versehen. Diese Adresse hatte man vom Landesamt zudem noch am 18.10. ins bundesweite Geheimdienst-Datensystem NADIS eingespeist. In der Personenakte findet sich auch ein Zeitungsbericht von 1998, den ein Geheimdienstler mit dem Kommentar „Ramelow hält an Engagement gegen Rechts fest“ versehen hat – eine damals aus Sicht des Landesamtes offenbar gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung. Auch über das Jahr 1999 hinaus wurden über Ramelow in der elektronischen REDO-Datei des Thüringer Landesamtes Informationen gespeichert. Dort landete sogar die Anfrage eines Journalisten, der zur Bespitzelung des Oppositionspolitikers recherchierte und sich an den

damaligen Innenminister Andreas Trautvetter (CDU) gewandt hatte.

Bodo Ramelow hat konkrete Vorstellungen zu einer außergerichtlichen Einigung mit dem Innenministerium: „Das Anschauen meiner Akte ist dabei ein Punkt – zwar ein wichtiger, aber trotz-



dem nur ein einzelner.“ Es müsse juristisch sauber festgestellt werden, dass seine Beobachtung rechtswidrig gewesen sei, insbesondere auch die in der Zeit vor der Mandatsannahme. Wichtig sei auch, endlich zu erfahren, aus welchen Quellen seinerzeit CDU und CDU-nahe Gliederungen dubiose In-

formationen für Propagandabroschüren gegen den DGB, die Gewerkschaft HBV (deren Landesvorsitzender Ramelow war), die „Erfurter Erklärung“ und die PDS bekommen haben. Dort lancierte Behauptungen gegen ihn habe er in der Personenakte wiedergefunden. „Dieses halbseidene Spiel ist ein Skandal“, so der Abgeordnete. Eine merkwürdige Rolle habe der Politologe Patrick Moreau gespielt, ein Mann mit guten Verbindungen zum Thüringer Landesamt, der ihn unter zwei Decknamen publizistisch angegriffen habe. „Die Angelegenheit lässt sich entweder außergerichtlich klären oder die Gerichte müssen sich damit befassen – unter Ladung des Herrn Moreau“, so Ramelow.

Er sei in jedem Fall erleichtert darüber, dass sich aus der Personenakte kein Anhaltspunkt dafür ergebe, dass ein bezahlter V-Mann des Thüringer Geheimdienstes in seinem Umfeld gespitzelt habe. Ob das auch für seine Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz gelte, wisse er freilich nicht. Seine Klage gegen die Beobachtung durch das Bundesamt verhandelt am 21. Juli das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. In zwei Vorinstanzen hat Ramelow bereits Recht erhalten.

Stefan Wogawa

## Von Benno Lemke Abschied genommen

Im Rahmen eines Trauerempfangs und einer bewegenden Trauerfeier – über 200 Menschen waren gekommen – hat die Landtagsfraktion der LINKEN gemeinsam mit der Familie, Freunden und Weggefährten von Benno Lemke am 19. Juni in Erfurt Abschied genommen. Dem langjährigen Landtagsabgeordneten der Linksfaktion und viel-

Zu Beginn der Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 16. Juni gedachte der Thüringer Landtag des Verstorbenen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel sagte: „Mit großer Betroffenheit haben wir vom Tod unseres ehemaligen Kollegen Benno Lemke erfahren. Nach schwerem Leiden, immer auf Genesung hoffend, hat

er den Kampf gegen die Krankheit verloren. Ich spreche den Angehörigen, seiner Lebenspartnerin, die heute auch hier sind, seinen Freunden und allen, die ihn kannten, im Namen der Abgeordneten des Thüringer Landtags mein tief empfundenes Beileid aus. Benno Lemke gehörte dem Landtag für die Fraktion der PDS, später DIE

LINKE, mit Unterbrechung fast 11 Jahre lang an. In seiner politischen wie ehrenamtlichen Arbeit beschäftigte er sich unter anderem als Mitglied des Ausschusses für Bau und Verkehr

und als Vorsitzender der Landesverkehrswacht besonders mit dem Gebiet der Verkehrspolitik. Benno Lemke wird uns als engagierter, streitbarer und fleißiger Abgeordneter in Erinnerung bleiben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.“

„Wir verlieren einen aufrichtigen, geradlinigen und konsequenten Menschen, der sich unabhängig vom Zeitgeist gegen Fehlentwicklungen und Missstände aufgelehnt hat. Die Erinnerung an Benno Lemke wach zu halten heißt, sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren und für Veränderungen in dieser Gesellschaft einzusetzen“, hieß es in der Traueranzeige der Linksfaktion. Auf Wunsch des Verstorbenen hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bodo Ramelow, die Trauerrede gehalten und dabei besonders Benno Lemkes Engagement gewürdigt: „Viele Menschen konnten ihn als streitbaren Gewerkschafter erleben und sehr viele haben auch auf seine Kraft vertraut. Die Auseinandersetzung um skandalöse Umgehensweisen mit den Beschäftigten am Erfurter Flughafen haben ihn anfänglich empört und dann aber mit seiner Zähigkeit dazu befließigt, die ganze Dimension des Skandals aufzudecken. (...) Der Wind blies ihn in

dieser Phase hart ins Gesicht, aber so etwas hat Benno nie irgendetwas anhaben können. Da kam dann doch der Seemann in ihm durch, der mit Zähigkeit den Blick von dem Horizont nicht lassen wollte, um auch die ödeste Strecke im tatsächlichen oder übertragenen Sinn des Lebens zu überwinden. Die Menschen im Flughafen haben es ihm hoch gedankt.“

Bodo Ramelow sprach auch von den eher unbekanntem Seiten seines Lebens – von der Arbeit Benno Lemkes als Vorstandsvorsitzender des Sportvereins Blau Weiß 52 Erfurt e. V. sowie in der Thüringisch-Kambodschanischen Gesellschaft. „Nach einem Besuch mit seinem Fußballverein dort entbrannte sein Engagement und es wäre nicht Benno, wenn nicht aus einer anderen politischen Tätigkeit in einem Aufsichtsrat wieder ein praktisches Projekt für Kambodscha entstanden wäre.“

So war es auch nur folgerichtig, dass auf Wunsch des Verstorbenen von Blumenspenden Abstand genommen werde sollte – dafür besser Spenden auf das Konto der Thüringisch-Kambodschanischen-Gesellschaft e.V., Erfurter Bank, Konto 1819100, BLZ 82064228, Betreff SAB Benno Lemke.



fältig engagierten Politiker, der noch so viele Pläne und Ideen hatte, war durch eine heimtückische Krankheit schon mit 51 Jahren am 12. Juni das Leben genommen worden.

## Das Thema Der Landesparlament

# „... das darf nicht verwischt werden mit Geschwobele über Extremismus“

Aus der Landtagsdebatte zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zum „Thüringen Monitor 2010“

In seiner Erwiderung zur Regierungserklärung der Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) am 18. Juni im Thüringer Landtag hatte Oppositionsführer Bodo Ramelow ausdrücklich ihre klaren Worte hinsichtlich der Notwendigkeit „gut bezahlter Arbeitsplätze“ in Thüringen gewürdigt. „Anders werden wir die Menschen, vor allem die jungen Menschen, nicht im Land halten können“, hatte Lieberknecht anders als ihr Vorgänger im Amt Stellung bezogen.

Die Opposition hatte gefordert, das Image des Freistaats zu verbessern. Dazu gehöre nicht nur der Kampf gegen Niedriglöhne, sondern auch gegen rechtsextreme Gesinnungen, wie vor allem auch Bodo Ramelow betonte. Er würdigte, „dass wir es geschafft haben, gemeinsame Erklärungen auf den Weg zu bringen“ und „zusammen Gesicht zu zeigen“, wie zum Beispiel am 1. Mai in Erfurt.

**Und wörtlich heißt es im Plenarprotokoll der Rede Bodo Ramelows weiter:**

Es gibt aber keinen Grund für uns, beruhigt zu sein. Wenn man unterscheidet, rechtsextreme Einstellung zwischen Stadt und Land, wenn man einige Landkreise sich anschaut, dann sollten wir besorgt sein. (...) Das Schlimme ist, wenn Menschen anfangen, nicht mehr am Fenster zu schauen, wenn die Nachbarn nicht mehr auf Nachbarn achten, wenn man sagt, ziehe dich lieber in dein

Privatgebäude zurück und lass das außen herum irgendwie geschehen. Das ist die Gefahr, die ich nach wie vor in den Aussagen des Thüringen-Monitors sehe, dass die 13 Prozent, die noch nicht gefestigt sind, an solchen Stellen erreichbar werden. Ich sehe es aber auch umgekehrt, sie sind auch noch für uns erreichbar, wenn wir es schaffen, Vorbildfunktion einzunehmen bei demokratischer Kultur.

(...) Diese Form von Faschismus und Nationalsozialismus – wie immer es heißt – ist keine geistige Haltung, sondern ein Verbrechen und da müssen wir es auch als Verbrechen kennzeichnen, damit alle diese Akteure, die

dort die Schwelle niedriger legen, ganz klar gesagt bekommen, ihr begeben gedanklich euch auf die Stufen von Verbrechen. Ich sage das in der Deutlichkeit auch in der Unterscheidung zur allgemeinen Extremismusdebatte. Da können wir trefflich darüber reden und sagen, jeder Extremismus bedroht die offene und freie Gesellschaft. Da bin ich bei jedem, der hier sitzt. Aber Rechtsextremismus, in der Ausprägung der deutschen Verantwortung, ist etwas Singuläres und das darf nicht verwischt werden mit einem allgemeinen Geschwobele über Extremismus. Deswegen bitte ich die Landesregierung, dass das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus auch in der

Klarheit so geschrieben werden muss. Es darf nicht verwaschen werden. Es darf nicht (...) gleichgesetzt werden mit den Verbrechen derjenigen, die KZ gebaut haben, die weggeschaut haben, die geschwiegen haben, die zugelassen haben, dass in diesem Land Menschen umgebracht worden sind aus rassistischen oder aus niederen oder sonstigen Gründen, aus politischen Gründen. Das ist die Besonderheit, die wir für uns im Herzen tragen müssen. Das ändert nichts daran, dass ich jede Form von Gewalt verabscheue und jede Form von selbst legitimerter Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehne und für nicht akzeptabel halte. ■

### Klares Zeichen gegen braunen Ungeist gesetzt



„Dass es in Kirchheim (Ilm-Kreis) gelang, „gemeinsam ein klares Zeichen gegen braunen Ungeist zu setzen gegen den NPD-Parteitag am 26. Juni in der ‚braunen‘ Erlebnisscheune, ist Ermutigung für bürgereingewiesenes und couragiertes Handeln gegen Rechtsextremismus und neonazistischen Ungeist“, hatte Bodo Ramelow erklärt. „Wir haben alle zusammen – Alte und Junge, Kirchheimer Bürgerbündnis und Vertreter der Kirchgemeinde, engagierte Menschen aus der Region, aber auch aus Weimar, Jena, Gera und Pößneck – deutlich gemacht: Nazis haben hier und anderswo nichts zu suchen, ihre perfide menschenverachtende Ideologie gehört auf den Müllhaufen der Geschichte, die NPD muss endlich verboten werden.“ Mit Blick auf nächste Neonazi-Veranstaltungen, wie am 10. Juli in Gera, betonte der LINKEN Politiker, dass „entschlossener, friedlicher und bunter Bürgerwiderstand sich all jenen in den Weg stellen wird, die nur Hass, Angst und Gewalt schüren wollen“.

## Mit seinen erneuten JF-Auskünften hat Herr Mohring ganz klar Zeichen nach Rechts gesetzt

Mit Empörung hatte Bodo Ramelow am 23. Juni auf neueste Äußerungen von Mike Mohring gegenüber der rechtskonservativen Zeitung Jungen Freiheit reagiert. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN bezeichnet Mohrings Auslassungen als „bewusstes Fischen am braunen Rand der Gesellschaft“.

„Wer als Fraktionsvorsitzender der Thüringer CDU der Jungen Freiheit Interviews zum Patriotismus und zu nationalen Symbolen gibt, der will damit ganz klar Zeichen nach Rechts setzen und nimmt zugleich sämtliche gesellschaftlich gefährlichen Konsequenzen in Kauf“, so Ramelow weiter. Er betonte, dass damit auch deutlich werde, „warum dieses Störfeuer gegen ein Landesprogramm mit klarer Zielstellung gegen Rechtsextremismus und Rassismus immer aus der CDU-Fraktion kommt“.

Wer allerdings als Fraktionschef bei der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin eine halbe Stunde lang sein Desinteresse durch Abwesenheit zeige und dann nach dem verspäteten Erscheinen die Rede des Oppositionsführers durch Zwischenrufe versuche zu stören, könne sich zwar des Applauses vom rechten Rand erfreuen, aber er habe

damit eben „auch seine Abneigung gegen die Parlamentsdebatte zum Thüringen Monitor gezeigt, bei dem es ja gerade um Einstellungen in der Bevölkerung zum Rechtsextremismus ging“, betonte der LINKEN-Politiker.

Dazu passten allerdings auch die unwürdigen Verunglimpfungen, mit denen sich am gleichen Tag im Plenum zwei CDU-Landtagsabgeordnete gegenüber der Fraktion B90/Die Grünen hervortaten. „Das beredete Schweigen des Fraktionsvorsitzenden Mohring zum skandalösen Verhalten der Herrn Heym und Fiedler zeigt seine Schwierigkeit, mit der Würde des Hauses umzugehen.“ Im Übrigen, so Ramelow abschließend, solle Herr Mohring die vorgetäuschte Farbenfreude einfach weglassen und in Zukunft einen unibraunen Binder tragen.

Hier die Passage aus dem Plenarprotokoll der Rede Bodo Ramelows zur Regierungserklärung, die Mohring Anlass war, gegenüber der Jungen Freiheit u.a. zu erklären: „Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich mit Deutschland identifizieren. Und je unverkrampfter und fröhlicher sie dies können, desto besser ist es für den Zusammenhalt und den Ge-

meinsinn in unserem Land (...) Wer unsere nationalen Symbole wie die Flagge und die zugehörigen schwarz-rot-goldenen Farben in den Bereich bloßer Fan-Artikel rückt, dem widerspreche ich ausdrücklich.“

### Bodo Ramelow:

„... Wenn 80 Prozent der Gesamtbevölkerung nicht mal wissen, was hier im Landtag geschieht, haben wir Grund, über uns nachzudenken. Dann haben wir auch über Kommunikationswege zu reden, über unser Auftreten, aber auch über Kommunikationswege. Ich bitte auch mal an Journalistinnen und Journalisten, dass wir auch mal darüber reden, wie Parlamentsdebatten eigentlich als kultureller Teil einer demokratischen Kultur wahrgenommen werden und nicht nur, ob jemand in der Nase gebohrt hat.“

*(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wer hört sich so eine Rede im Radio an.)*

Wissen Sie, wenn Sie da sitzen mit Ihrem schwarz-rot-goldenen Schlips und meinen, dass sei Ihr Beitrag zu dem, was ich gerade rede, Herr Mohring, das ist genau das, worüber

ich geredet habe. Sie sind ein Teil dieser Unkultur, dass Sie nicht mal die Kraft und den Anstand haben. Sie rügen einen Minister mit der Gurke, setzen sich dann mit Ihrem Fanartikel hier hin und wollen offenkundig Werbung für die Fußballweltmeisterschaft machen, weil Sie die Fußballweltmeisterschaft mehr interessiert als der Thüringen-Monitor. Da sage ich, das ärgert mich zutiefst.

*(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: So ein Blödsinn.)*

Ihre Form der Unkultur, Ihres Zwischenrufes, Ihre herablassende Art ist genau das, über was ich versucht habe, eine Dreiviertelstunde hier zu reden. Deswegen, meine Damen und Herren, wenn es rumpelt in diesem Landtag, dann wissen wir, wo es sitzt - hier in mittlerer Sitzreihe. Deswegen sage ich, meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei der Ministerpräsidentin für klare Worte. Ich glaube, der Thüringen-Monitor hat uns in das Stammbuch geschrieben, was wir zu tun haben. Ich appelliere an meinen Kollegen Mohring, mal über Anstand und Würde selber nachzudenken. ■

# Aus den USA zum Praktikum bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag

Nachgefragt bei Dalston Ward, Student der Germanistik, aus Springfield im Bundesstaat Missouri

**Der 21jährige Student Dalston Ward hat den weiten Weg aus den USA nach Deutschland angetreten, um ein sechswöchiges Praktikum bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag in Erfurt zu absolvieren. Hier spricht er über seine Erfahrungen nach einem Monat Praktikum im politischen Zentrum Thüringens.**

## Hast du dich gut hier eingelebt?

Auf jeden Fall. Ich würde sagen, hier ist es anders als zu Hause, aber ja, ich habe mich gut eingelebt.

## Welche Gründe gab es für dich, nach Deutschland zu kommen?

Ich bin sehr an Politik interessiert und habe Deutsch studiert. Hier habe ich ein Praktikum gefunden, wo ich diese Interessen kombinieren kann.

## Wieso bist du speziell zum Thüringer Landtag und zur Linkspartei gekommen?

Ich muss ehrlich sagen, dass ich mich nur für ein Praktikum in irgendeinem deutschen Landtag beworben habe. Durch ein Programm kam ich hierher. Trotzdem bin ich froh, dass ich nach Thüringen gekommen bin, denn ich war noch nie in Ostdeutschland. Wenn ich Deutscher wäre, würde ich die LINKE wählen, denn ihre Meinung von Politik ist meiner sehr ähnlich.

## Wie gefällt es dir im Thüringer Landtag?

Gut. Die Leute sind sehr nett. Alle sind sehr freundlich – wenn ich Fragen habe, bekomme ich sofort eine Antwort. Sie haben mir alles super erklärt. Und es ist auch nicht so, dass ich hier nur Kaffee koche oder die Post hole. Ich bin jetzt Teil von dem Prozess.

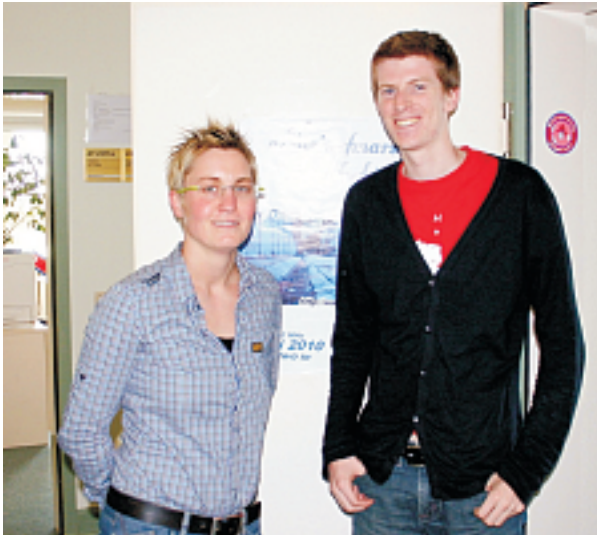
## Was genau arbeitest du hier?

Ich gehe oft in Sitzungen und Gespräche und bin bei vielen Beratungen und Ausschüssen mit dabei.

Manchmal schreibe ich kleine Arbeiten. Aber ich mache hier jeden Tag etwas anderes. Ich weiß nie vorher schon, was genau ich am nächsten Tag machen werde. Das finde ich super.

## Wie gefällt dir die Stadt Erfurt?

Gut, es ist eine sehr schöne Stadt. Hier gibt es sowohl ältere Gebäude als auch das Moderne.



*Dalston Ward war in seinem Praktikum, das über sechs Wochen bis Ende Juni lief, vor allem an der Seite von Susanne Hennig, Sprecherin für Ausbildungs- und Studierendenfragen der Linksfraktion.*

## Unterscheidet sich dein Leben hier sehr von dem in den USA?

Ich komme aus Springfield im Bundesstaat Missouri und habe dort an der Uni studiert. Dort habe ich viele Freunde, mit denen ich viel unternehme. In Erfurt kenne ich noch nicht so viele Leute und bin deshalb öfter zu Hause. Total anders ist, dass ich hier mit dem Rad fahre und zu Hause fahre ich Auto. Ich bin auch meistens sehr müde, weil ich mich so darauf konzentrieren muss, gut Deutsch zu sprechen.

## Hattest du anfänglich große Schwierigkeiten mit der Sprache?

2007 habe ich angefangen, Deutsch zu lernen. Ich habe schon einmal ein Semester in Deutschland verbracht, das war sehr schwer, aber jetzt in Erfurt ist es gut, ich kann mich viel besser ausdrücken. Nur der thüringische Dialekt ist etwas schwierig zu verstehen, genauso wie die vielen komplizierten Begriffe in der Politik. Doch mittlerweile habe ich weniger Schwierigkeiten.

## Welche Pläne hast du für die Zukunft?

Nächstes Jahr mache ich meinen Abschluss an der Uni. Danach möchte ich meinen Master oder Doktor in Deutschland oder Frankreich machen. Aber ich denke, eher in Deutschland, denn mein Französisch ist nicht so gut. Wenn ich meinen Doktor habe, würde ich gern Lehrer an einer Uni werden.

## Könntest du dir vorstellen, in Deutschland zu bleiben?

Ja, ich will nach meiner Uni ein oder zwei Jahre in Deutschland wohnen, oder in einem anderen Land in Europa. Besonders die großen Städte Hamburg und Berlin gefallen mir sehr. Aber es ist schwer, sich da auf lange Zeit festzulegen.

*Das Gespräch führte Maria Erdmann, die im Juni sehr erfolgreich ein Schülerpraktikum in der Pressestelle der Linksfraktion absolviert hat.*



von Stefan Wogawa

## Jetzt kommt Kurth

Patrick Kurth ist modern. Er ist ein Blogger (führt also ein Tagebuch im Internet) und veröffentlicht bei Twitter (meist Nichtigkeiten). Aber Kurth ist auch in der ewig gestrigen, marktradikalen FDP (mit Geistesriesen wie Minister Brüderle in ihren Reihen). Finanzkrise? Nie gehört. Mindestlohn? Teufelszeug! Ein Mövenpick-Eis? Bitte, bitte!

Als Bonze („Generalsekretär“ der FDP Thüringen) einer Zwergpartei (nach Umfragen wollen derzeit bundesweit nur drei Prozent der Wähler der FDP ihre Stimme geben), muss Patrick Kurth klappern, was das Zeug hält, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Dabei kann es schon einmal so hysterisch zugehen, dass fast der Arzt kommen muss...

Patrick Kurth beispielsweise ist schon darüber hochgradig erregt, dass die Fraktionen DIE LINKE im Thüringer Landtag und im Hessischen Landtag zu einem Friedensfest am so genannten „Point Alpha“ eingeladen hatten. Dort wurde gegen die Auszeichnung von Helmut Schmidt demonstriert, den Kanzler des „NATO-Doppelbeschlusses“. Doch demokratische Grundrechte gelten, folgt man Patrick Kurth, nur für die eigene Partei und die eigene Position. Der forsche Kurth empört sich über die LINKE jedenfalls so grotesk, dass man um seine geistige Gesundheit fürchten muss: „Eine offenbar (und mittlerweile auch offenkundig) radikale Partei“ (es waren Parlamentsfraktionen) könne „ungestört“ (wer soll eine friedliche Zusammenkunft stören und warum – redet Kurth hier Gewalt das Wort?) „und von der Öffentlichkeit beachtet ein derart perfides „Fest“ feiern“ (wer soll es verbieten und warum?). Wie soll man nun darauf reagieren? Im neuen „Verfassungsschutzbericht“ unter dem Stichwort „Extremismus“ nachschauen oder einfach genervt ausrufen: Mist, ich habe FDP am Schuh... ■

## Geändertes Kommunalabgabengesetz verabschiedet

Am Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag herrschten – leider nur vorübergehend – andere Mehrheitsverhältnisse. Im Plenum wurden durch die Bürgerallianz Thüringen e. V. wesentliche Änderungen u.a. im Paragraph 7 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes verabschiedet. Demnach sind Straßenausbaubau- und Abwasserbeiträge abgeschafft und eine Infrastrukturabgabe eingeführt.

Symbolisch vollzogen etwa 50 Mitglieder der Bürgerallianz Thüringen stellvertretend diesen Akt für die Fraktionen im Thüringer Landtag. Denn die Landesregierung und die Regierungsfractionen verwehren eine gerechtere Lösung.

Die Linksfraktion will nun den Gesetzesentwurf der Bürgerallianz in den Landtag

einbringen. Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher, wirft der Landesregierung Untätigkeit vor. Die Bürgerallianz habe einen Gesetzesvorschlag erarbeitet, in dem Grundstückseigentümer nicht mehr einseitig belastet werden, sondern durch die Einführung der Infrastrukturabgabe werden Investitionskosten auf breitere Schultern verteilt.



Text und Foto: Sebastian Drechsler

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (Vi.S.d.P.), Annegret Brosemann

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.